

Betreff:**Projekt "Vom Herzogtum zum Freistaat - Braunschweigs Weg in die Demokratie (1916-1923)"****Organisationseinheit:**

DEZERNAT IV - Kultur- und Wissenschaftsdezernat

Datum:

14.04.2016

Beratungsfolge

Ausschuss für Kultur und Wissenschaft (zur Kenntnis)

Sitzungstermin

15.04.2016

Status

Ö

Sachverhalt:

Mit Mitteilung außerhalb von Sitzungen Nr. 15-01251 vom 24. November 2015 wurde der Ausschuss zuletzt über den aktuellen Sachstand zum Projekt „Vom Herzogtum zum Freistaat – Braunschweigs Weg in die Demokratie (1916-1923)“ informiert.

Es haben zwischenzeitlich zahlreiche Gespräche mit Kooperationspartnern stattgefunden. Darunter mit Frau Prof. Dr. Ute Daniel (Historisches Seminar der TU Braunschweig), Herrn Prof. Dr. Dietmar Brandes (Präsident der BS Wiss. Gesellschaft) sowie Prof. Dr. Eckhardt Fuchs (derzeit Direktor des Georg Eckert Institut), den Autor und Dramaturg Peter Schanz, dem Konzertchor Braunschweig e. V., zuletzt mit der designierten Intendantin des Staatstheaters, Frau Dagmar Schlingmann.

Zur Auffrischung der Thematik ist der folgende Präambeltext der Anlage der Vorlage (Drs.-Nr. 17456/15) der Sitzung vom 6. März 2015 auf S. 1, dieser Mitteilung vorangestellt:

Vom Herzogtum zum Freistaat – Braunschweigs Weg in die Demokratie (1916 – 1923)**Präambel:**

Aufbauend auf den Erfahrungen des Themenjahres „1913 – Braunschweig zwischen Monarchie und Moderne“ sowie anknüpfend an die Ausstellung „Schrecklich kriegerische Zeiten“ im Braunschweigischen Landesmuseum zum Ersten Weltkrieg, erscheint es wissenschaftlich durchaus sinnvoll, sich der folgenden Epoche eingehend zu widmen. Bedingt durch den bevorstehenden 100-Jahre-Zyklus, der Krieg, Novemberrevolution sowie die Entstehung und das Scheitern der Republik von Weimar gleichermaßen betrifft, wird es in den nächsten Jahren eine erhebliche Aufmerksamkeit für diese historische Epoche geben. Zugleich ist mit neuen Forschungsansätzen und Deutungsmustern zu rechnen, die im Rahmen eines solchen Projektes ins Regionale gespiegelt werden könnten.

100 Jahre Novemberrevolution und Demokratisierung – ein Braunschweiger Thema?

Als inhaltlicher Anknüpfungspunkt und als Zeitpunkt für die Realisierung des angedachten Projektes bietet sich vor allem das 100jährige Jubiläum der Novemberrevolution im Jahr 2018 an. Mit der Geschichte der Novemberrevolution ist Braunschweig vor allem deshalb in besonderer Weise verbunden, weil hier am 8. November 1918 der erste deutsche Fürst zur Abdankung gezwungen wurde. Dieses Alleinstellungsmerkmal könnte genutzt werden, um überregionale Aufmerksamkeit zu erzeugen und finanzielle Unterstützung zu erhalten. Außerdem bietet sich die Revolution von 1918 mit ihrer Scharnierfunktion in besonderer Weise an, von hier einen historischen Blick zurück in die Zeit der Monarchie und des Weltkrieges und zugleich voraus auf die Demokratisierung und den Freistaat Braunschweig

in der Weimarer Republik zu werfen.

In Folgenden werden nunmehr die aktuellen konzeptionellen Überlegungen für das Projekt dargestellt:

1918 im Spiegel zweier Braunschweiger Ausstellungen

Im Zentrum des Veranstaltungsprogramms im Jahr 1918 stehen zwei Ausstellungen im Städtischen Museum Braunschweig und im Braunschweiger Schlossmuseum, die sich komplementär zu einander verhalten und jeweils unterschiedliche Zugänge zum Thema wählen sowie die Tagung „Vom Herzogtum zum Freistaat – Braunschweigs Weg in die Demokratie (1916 – 1923)“.

Städtisches Museum Braunschweig

Das Städtische Museum wird sich im Rahmen der Ausstellung „Vom Herzogtum zum Freistaat – Braunschweigs Weg in die Demokratie (1916 – 1923)“ an dem gleichnamigen Projekt beteiligen.

Die Ausstellung gibt eine historische Betrachtung der Geschichte von Stadt und Land Braunschweig zwischen 1916 und 1923 unter den Vorzeichen des Deutschen Reichs. Nach dem Sieg über das Kaiserreich Frankreich in der Schlacht von Sedan wurde das Deutsche Kaiserreich am 18. Januar 1871 im Spiegelsaal von Versailles proklamiert. Es war eine „Einheit von oben“. 22 Fürsten und drei Freie Städte hatten sich zu einem Bundesstaat zusammengeschlossen. Die Annexion von Elsaß und Lothringen im Frieden von Paris 1871 sorgte für ein dauerhaft vergiftetes Verhältnis zwischen Frankreich und Deutschland.

Die Frage der Volksvertretung und des Verfassungsstaates fanden bei der Reichsgründung wenig Beachtung und blieben bis zur Gründung der Weimarer Republik ein innenpolitisches Problem. Mit dem Beschluss der Sozialistengesetze 1878 forderte der monarchische Obrigkeitsstaat die Politisierung und Organisation der Arbeiterschaft heraus und ließ die Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD) schließlich zur stärksten Partei im Reichstag werden. Einer der ersten sozialdemokratischen Abgeordneten war Wilhelm Bracke.

Braunschweig wurde zur Hochburg der Sozialdemokraten. Im Ersten Weltkrieg erlaubte die gute Organisation der Arbeiter in den Betrieben eine schnelle Planung und Durchführung von Protesten. So kam es in Braunschweig bereits 1916 zu ersten Streiks. Nach der Abspaltung der Kriegsgegner in der SPD erfolgte 1917 in Gotha die Gründung der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (USPD). In Braunschweig schlossen sich die Sozialdemokraten mehrheitlich der neuen Partei an. Zu ihnen gehörte August Merges, der am 8. November 1918 die Abdankung von Herzog Ernst August mitbewirkte und am 10. November Präsident der „Sozialistischen Republik Braunschweig“ wurde. Die politischen Umwälzungen dauerten in Braunschweig bis 1922 als mit der Gründung des Freistaats Braunschweig eine stabile demokratische Position gefunden werden konnte.

Frankreich hatte 1919 bei der Pariser Friedenskonferenz eine eigene Revanche als im Spiegelsaal von Versailles von Vertretern des Deutschen Reichs der Friedensvertrag unterzeichnet werden musste. Darin wurde Deutschland die alleinige Kriegsschuld zugewiesen. Das spätere Scheitern der Weimarer Republik wird mit den politischen Bestimmungen, Gebietsabtretungen und Reparationsforderungen des Vertrags verbunden. Neben der sogenannten „Dolchstoßlegende“ gehörte der „Unfrieden von Paris“ bald auch zum politischen Repertoire des Adolf Hitler.

Kosten: 100.000 Euro

Schlossmuseum

Im Rahmen des historischen Kooperationsprojekts „Vom Herzogtum zum Freistaat – Braunschweigs Weg in die Demokratie (1916-1923)“ zeigt das Schlossmuseum von Oktober 2018 bis Frühjahr 2019 eine Ausstellung und Veranstaltungen über die Abdankung des Herzogs, die im November 1918 im Schloss stattfand. Die Abdankung ist dabei ein wichtiger Beitrag zur Darstellung des Übergangs von der Monarchie zur Demokratie, der sich in diesem „Stichtag“ verdichtet. Die Tatsache, dass es sich dabei um die erste Abdankung eines deutschen Monarchen nach dem Ende des Ersten Weltkriegs handelte, die im Braunschweiger Schloss stattfand, macht das Thema besonders öffentlichkeitswirksam.

Im Mittelpunkt der Präsentation stehen die Szenen, die sich vom 06.-08.11.1918 im und vor dem Schloss bzw. zwischen Ernst August und dem Arbeiter- und Soldatenrat abspielten. Ausgehend von diesem Wendepunkt wird darüber hinaus einerseits mit besonderem Blick auf das Schloss/ den Schlossplatz und seine Bewohner die Vorgeschichte in den Jahren des 1. Weltkriegs geschildert. Andererseits werden Ausblicke auf den weiteren Lauf der Geschichte in den Jahren der Räterepublik und der Weimarer Republik eröffnet. Dabei spielen sowohl die Perspektiven und die weitere Entwicklung des Herzogpaares als auch die des Hofstaates sowie anderer gesellschaftlicher Kräfte, die Nutzung des Schlosses und der Verbleib des Inventars, sowie die Einordnung der Ereignisse in die Geschichte Braunschweigs und Deutschlands eine Rolle.

Archivalien, Schlossmöbel und andere Exponate werden ergänzt durch mediale Präsentationen des Themas sowie durch Veranstaltungen, die in Zusammenarbeit mit Partnern entwickelt werden. Für die erforderlichen Forschungen zum „Sozialsystem Schloss“ steht die Braunschweigische Stiftung als Förderpartner zur Verfügung. Für die Umsetzung des Projekts wird ein kuratorischer Beirat eingerichtet.

Kosten gesamt: ca. 70.000 Euro. Das Ausstellungsprojekt des Schlossmuseums wird laut dortiger Aussage keine zusätzliche finanzielle Förderung seitens des Kultur- und Wissenschaftsdezernates benötigen.

Wissenschaftliche Vorträge und Kolloquien

Die oben skizzierten Ausstellungsprojekte sollen um vertiefende wissenschaftliche Formate wie eine Tagung und eine Vortrags-/Vorlesungsreihe ergänzt werden. Hier können sowohl die größeren historischen Zusammenhänge als auch die Spezifika der Braunschweigischen Landesgeschichte eingehend diskutiert werden. Bei der Konzeption dieser Veranstaltungen wird auf eine möglichst breit angelegte Herangehensweise geachtet, die eine multiperspektivische Betrachtung erlaubt. Außerdem ist geplant, eine vergleichende Betrachtung zur Entwicklung in den anderen Ländern der Weimarer Republik vorzusehen, um das spezifische Braunschweigische herausarbeiten zu können. Wie bei den Ausstellungen gilt, dass die konkreten Inhalte von den jeweiligen Veranstaltern selbst entwickelt und verantwortet werden müssen. Als potentielle Partner kämen neben den städtischen Kultureinrichtungen (Stadtarchiv, Stadtbibliothek, Städtisches Museum und Kulturinstitut) in erster Linie das Braunschweigische Landesmuseum, das Historische Seminar der Technischen Universität Braunschweig, das Institut für Braunschweigische Regionalgeschichte an der TU Braunschweig, das Staatstheater, das Herzog-Anton-Ulrich Museum, das Georg-Eckert-Institut für internationale Schulbuchforschung, die Braunschweigische Landeskirche, das Niedersächsische Landesarchiv – Standort Wolfenbüttel, die Braunschweigische Wissenschaftliche Gesellschaft, der Braunschweigische Geschichtsverein, die Braunschweigische Landschaft sowie der Arbeitskreis Andere Geschichte in Betracht.

Mit Blick auf die in Vorbereitung befindliche Tagung wird auf die Mitteilung außerhalb von Sitzungen Nr. 15-01251 verwiesen (Tagung zur Novemberrevolution in Deutschland).

Kosten: 50.000 Euro

Kulturelles Begleitprogramm

Das kulturelle Begleitprogramm setzt, ganz im Interesse einer multiperspektivischen Herangehensweise an das Thema, den Schwerpunkt auf die kulturell sinnliche Annäherung an die Thematik. Unterschiedliche Institutionen und Akteure vornehmlich aus Braunschweig, bei Bedarf aber auch darüber hinaus, werden eingeladen, sich mit Beiträgen möglichst vielfältiger künstlerischer Ausdrucksformen und Kunstrichtungen an dem Kulturprojekt im Jahr 2018 zu beteiligen und so ein umfassendes und facettenreiches Gesamtbild des behandelten Zeitraums zu zeichnen.

Die Kulturschaffenden in der Stadt Braunschweig werden spätestens zum Jahresbeginn 2017 gebeten werden, geeignete Projektvorschläge zu entwickeln.

Hierfür werden 70.000 Euro zur Verfügung gestellt.

Bereits zum jetzigen Zeitpunkt liegt die Zusage vor, dass das Staatstheater Braunschweig sich in das Projekt einbringen wird. Ob hier ein Zuschuss erwartet wird, ist noch offen. Bei dem Projekt „1913-2013“ hat das Staatstheater auf einen gesonderten Zuschuss verzichtet.

Kulturverwaltung

Die Kulturverwaltung wird in Zusammenarbeit mit Kooperationspartnern (Buchhandlungen, C1 Cinema, Universum Filmtheater u. a.) eine Lesungsreihe sowie eine Filmreihe entwickeln, die auf die Ausstellungen Bezug nehmen, aber auch den Blick auf die historischen Ereignisse in anderen Staaten und das Ende des Ersten Weltkrieges richten. In der Filmreihe sind u. a. vorstellbar „Der Untertan“, filmische Auseinandersetzung mit der russischen Revolution 1917 etc.. Innerhalb der Lesungsreihe sind u. a. zu bedenken: Alfred Döblin „November 1918 – Eine deutsche Revolution“ sowie Erich Maria Remarque „Der Weg zurück“.

Kosten: 80.000 Euro

Zusätzlich ist, wie in Mitteilung außerhalb von Sitzungen (Drs.-Nr. 15-01251) aufgeführt, ein Ansatz von 170.000 Euro erforderlich für die Bewertung und die professionelle touristische Vermarktung sowie die personelle Unterstützung, insbesondere der wissenschaftlichen Vorbereitung des oben genannten Kolloquiums.

Die Realisierung aller angedachten Vorhaben steht unter der Voraussetzung der gesicherten Finanzierung des Gesamtprojektes. Auch hierzu wird auf die Mitteilung außerhalb von Sitzungen vom 24. November 2015 verwiesen, die damals einen Kostenrahmen von ca. 500.000 Euro auswies. An dem finanziellen Rahmen hat sich nach Aktualisierung und Ergänzung der potentiellen Veranstaltungsformate nichts geändert. Das Gremium soll sich über diese Mitteilung eine Vorstellung von den zu erwartenden Veranstaltungsformaten und den prognostizierten Kosten machen können.

Dr. Hesse

Anlage/n:

keine